

ESF Kompakt

Der Europäische Sozialfonds in Hessen

Nr. 7 / Januar 2007, Sonderausgabe zur neuen Förderperiode



Neue Förderperiode 2007-2013



Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

über die ausgesprochen gute Resonanz auf die am 30. Oktober 2006 in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt stattgefundenen hessenweiten Informationsveranstaltung zum Planungsstand der neuen ESF-Förderperiode 2007-2013 habe ich mich sehr gefreut. Dies zeigt einmal mehr, welchen Stellenwert der Europäische Sozialfonds für unsere Anstrengungen für mehr Beschäftigung und Ausbildung in unserem Bundesland hat.

Die Landesregierung hat versucht, einen ersten Einblick über die umfangreichen Planungsarbeiten zu der vor uns stehenden Förderperiode zu geben. Dabei wurde deutlich, dass neben neuen programmatischen Ansätzen in der ESF-Förderung auch bewährte Programme zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungslage in der neuen Förderperiode fortgesetzt werden. Hessen wird für den Zeitraum 2007-2013 ca. 186 Mio. Euro ESF-Mittel aus Brüssel erhalten. Rechnet man die Komplementärmittel aus Bund, Ländern und Gemeinden hinzu, können wir von einem Gesamtfördervolumen von etwa 550 Mio. Euro ausgehen. Eine beträchtliche Förder-summe, die in sinnvolle und zielgerichtete Maßnahmen zugunsten von Arbeitslosen, für Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen oder in innovative Weiterbildungsmaßnahmen zugunsten von Beschäftigten eingesetzt werden müssen.

Die Arbeitslosigkeit konnte auch in Hessen in den letzten Monaten erfolgreich verringert werden. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt

zu lösen. Hierbei kann und wird uns der ESF – so wie in der Vergangenheit – helfen.

Wir können durch die Mittel aus Brüssel unsere eigenen Anstrengungen für mehr Beschäftigung und für mehr Ausbildungsstellen spürbar verstärken.

Mit der finanziellen Unterstützung aus dem Sozialfonds können bewährte Hilfen weitergeführt und neue Angebote und Projekte entwickelt werden, die die Beschäftigungs- und Ausbildungschancen von jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen erhöhen. Wir wollen besonders Benachteiligten ermöglichen, eine Ausbildung aufzunehmen oder zumindest eine Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt zu beginnen. Ziel muss es aber auch für den ESF bleiben, für diese Personengruppe auch eine Beschäftigungsperspektive im ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Mehr in den Fokus unserer Förderpolitik müssen wir in den nächsten Jahren die Weiterbildung und den Aspekt des lebenslangen Lernens rücken. Hier müssen wir auf die Herausforderungen der Demografie und der Internationalisierung der Wirtschaftsräume reagieren und unsere Beschäftigten weiterqualifizieren. Hier liegt ein wichtiges und zukunftssträchtiges Aktionsfeld für den Europäischen Sozialfonds.

Es wird noch einige Zeit dauern, bis wir aus Brüssel die Entscheidung über das hessische ESF-Förderprogramm vorliegen haben. Ich möchte an dieser Stelle deshalb noch mal unterstreichen, dass es dadurch im nächsten Jahr zu keiner Unterbrechung der ESF-Förderung in Hessen kommen wird. Wir sind gut aufgestellt und unsere Partner können auch 2007 ihre Projekte mit ESF-Mitteln uneingeschränkt durchführen.

Silke Lautenschläger, Hessische Sozialministerin

Inhalt

2 Vorwort

ESF-Fachtagung:

3 EU-Mittel für Hessen



5 Programmablauf

6 Neue Förderperiode 2007-2013

12 Schwerpunkte der ESF-Förderung



■ 459 Mio. € EU-Mittel für Hessen im Zeitraum 2007-2013

Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Qualifikation sind Schwerpunkte



In der künftigen Förderperiode der Europäischen Strukturfonds rechnet Hessen mit europäischen Fördermitteln in Höhe von 459 Mio. Euro. Der größte Teil der Mittel fließt in Regionen mit Entwicklungsrückstand, ein kleinerer Teil in die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Hier kommt Hessen als wirtschaftsstarkes Land in den Genuss europäischer Fördermittel.

Hessen fällt künftig unter das europäische Förderziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ und wird dafür aus dem Europäi-

schen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 263 Mio. Euro und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 186 Mio. Euro erhalten. Beteiligt ist Hessen außerdem mit schätzungsweise 10 Mio. Euro an einem EU-Programm zur Förderung des transnationalen Erfahrungsaustauschs im nordwesteuropäischen Kooperationsraum, der von Irland bis zur Schweiz reicht. Zusammen sind dies 459 Mio. Euro, die nach Hessen fließen sollen.

Ausdrücklich von allen Akteuren begrüßt wurde, dass es die EU in der Strukturpolitik den Bundesländern

überlässt, die Schwerpunkte zu setzen und in der siebenjährigen Förderperiode die Projekte eigenverantwortlich auszuwählen.

In der neuen Förderperiode 2007-2013 werden mehr als 186 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für beschäftigungsfördernde Maßnahmen nach Hessen fließen. „Die ESF-Mittel sind eine wichtige finanzielle Ergänzung und Verstärkung der Anstrengungen, die die Landesregierung unternimmt, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Ausbildungssituation



- 14 Prof. Dr. Norbert Berthold:
Der Arbeitsmarkt von morgen
- 16 Franz-Peter Veits:
Perspektiven für ein modernes
Projektmanagement



- 17 Podiumsdiskussion
- 18 Europäische
Regionalförderung bis 2013
- 20 Impressum





junger Menschen zu verbessern.“ Dies teilte Sozialministerin Silke Lautenschläger anlässlich eines hessenweiten Informationstages zum ESF in den Räumen der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt am Main mit. Mit der finanziellen Unterstützung können bewährte Hilfen verstärkt und neue Angebote und Projekte entwickelt werden, die die Beschäftigungs- und Ausbildungschancen von jungen Menschen, Langzeitarbeitslosen, besonders Benachteiligten, Frauen und Behinderten verbessern.

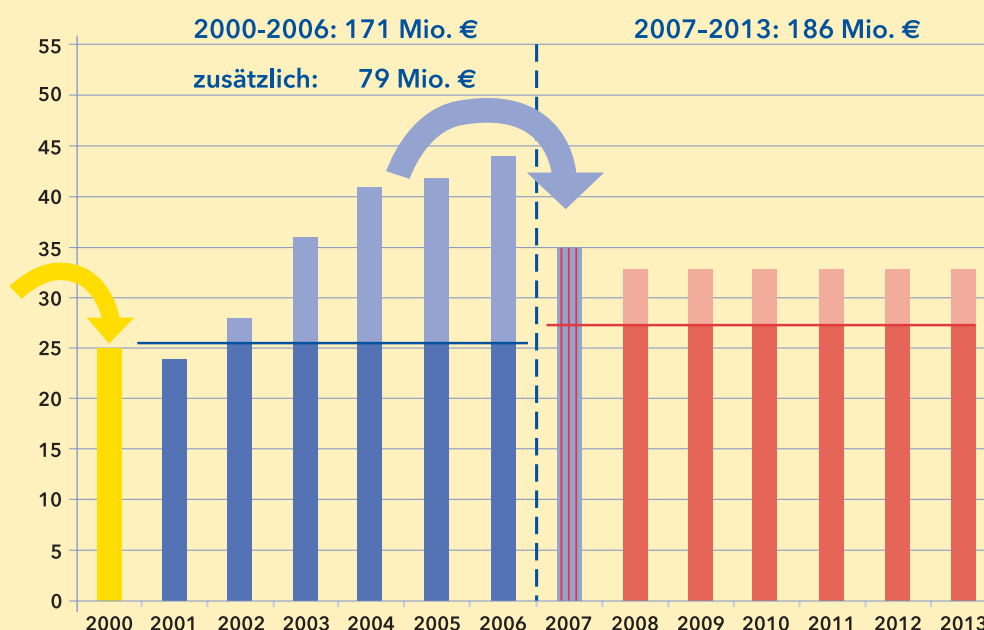
ESF im Einsatz für Arbeitsplätze

„Wir wollen damit einen nachhaltigen Beitrag leisten, um diesen Menschen die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, eine Ausbildung aufzunehmen oder zumindest eine Beschäftigung in einer Trainingsmaßnahme zu beginnen“, unterstrich die Ministerin.

Neu in den Förderungskatalog aufgenommen werden Initiativen, die Kinderbetreuung in kleinen und mittleren Unternehmen sowie an Hochschulen anbieten.

Auch Beschäftigte, die einen Arbeitsplatz haben, werden mit Mitteln aus dem ESF in vielfältigen Projekten weiterqualifiziert. Sie sollen damit den durch die Globalisierung bewirkten Anpassungsdruck in den Unternehmen besser bewältigen und ihre Beschäftigungschancen auch in Zukunft wahren können. Projekte mit dem Ziel des lebenslangen Lernens, sowie Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen vor allem auch für ältere Arbeitnehmer, seien angesichts der demografischen Entwicklung wichtige Einsatzfelder der ESF-Mittel.

ESF-Mittel in der alten und neuen Förderperiode



Quelle: HA Hessen Agentur



*Doris Liesenfeld, IBH,
und Albert Roloff, HSM*

■ Programm zur Fachtagung Europäischer Sozialfonds Oktober 2006

10.00 Begrüßung der Teilnehmenden

10.05 Vorstellung der rechtlichen und inhaltlichen Rahmenbedingungen für die Förderperiode 2007-2013

Albert Roloff, Nicole Hannemann
Hessisches Sozialministerium,
ESF-Fondsverwaltung

10.30 Vorstellung der Einzelprogramme des Hessischen Sozialministeriums

Dörte Ahrens, Michael Müller-Puhlmann
Hessisches Sozialministerium

11.15 Vorstellung der Programme des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Monika Wenzel
Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung

**11.45 Informationsvortrag
„Perspektiven für ein modernes Projektmanagement vor dem Hintergrund EU-rechtlicher Bestimmungen“**

Franz-Peter Veits
Europäische Kommission

12.15 Vorstellung der Programme des Hessischen Kultusministeriums

Klaus-Wilhelm Ring
Hessisches Kultusministerium

12.30 Vorstellung der Programme des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst

Erika Müller-Blaß
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

12.45 Mittagspause

**14.00 Gastvortrag
„Der Arbeitsmarkt von morgen - zwischen Jammertal und neuen Möglichkeiten“**

Prof. Dr. Norbert Berthold
Universität Würzburg

14.30 Podiumsdiskussion

Staatsministerin Silke Lautenschläger
Hessisches Sozialministerium

Prof. Dr. Norbert Berthold
Universität Würzburg

Dr. Matthias Schulze-Böing
ARGE Offenbach

Landrat Bernd Woide
Landkreis Fulda

Moderation:
Prof. Dr. Diether Döring
Universität Frankfurt am Main

16.00 Ende der Veranstaltung

■ Neue Förderperiode 2007 - 2013

Schwerpunkte der ESF-Förderung



Zwischen 2007 und 2013 befasst sich der ESF Hessen mit folgenden Schwerpunktaufgaben:

- die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen zu fördern
- den Zugang zu Beschäftigung
- und die soziale Eingliederung von benachteiligten Personen zu verbessern sowie in den Bereichen Beschäftigung und Eingliederung Reformen zu mobilisieren
- in Humankapital zu investieren

Als wichtige Querschnittsziele in allen inhaltlichen Schwerpunkten verfolgt die ESF-Förderung in Hessen die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Durchführung transnationaler Maßnahmen und eine nachhal-

tige Entwicklung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Zusammenarbeit mit EU-Kooperationspartnern auf transnationaler Ebene im Rahmen von Ausbildungsverbänden sind zentrale Anliegen der Strukturfondsförderung.

An der Umsetzung sind neben dem Hessischen Sozialministerium, das auch die Fondsverwaltung für den ESF verantwortet, folgende Ministerien beteiligt:

- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL)
- Hessisches Kultusministerium (HKM)
- Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) und
- Hessisches Justizministerium

Fachvortrag Monika Wenzel, HMWVL



Schwerpunkt A: Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen

Ziel ist, Arbeitskräfte in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besser für die Herausforderungen einer fortschreitenden Globalisierung zu rüsten und zu verhindern, dass Menschen aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Der ESF soll helfen, die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von KMU u. a. durch Qualifizierung der Beschäftigten und durch Know-how-Transfer zu erhöhen.

In der neuen Förderperiode ist vorgesehen, schwer vermittelbare Arbeitskräfte mit der Einführung von Weiterbildungs-Schecks überbetrieb-

lich zu qualifizieren und KMU-gerechte Konzepte für duale Studiengänge zu entwickeln.

Das Handlungsfeld „Berufliche Weiterbildung von Beschäftigten, insb. KMU“, beinhaltet folgende Maßnahmen:

- Qualifizierung von Beschäftigten in KMU
- Neu: Konzepte für duale Studiengänge, die durch KMU nachgefragt werden
- Know-how-Transfer zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere von KMU
- Konzeptentwicklung und Umsetzung der stillen Reserve in der Altenpflege

Die **Qualität, Information und Transparenz** der beruflichen Bildung zu verbessern, ist Ziel des Förderprogramms **Quit**.

Es soll hessische Bildungsträger zertifizieren, Beschäftigte und Betriebe mittels Netzwerke und Kampagnen informieren und beraten sowie Aus- und Weiterbildungsdatenbanken landesweit auf- und ausbauen. Ein wichtiger Baustein in der beruflichen Weiterbildung bleibt auch in Zukunft die „Qualifizierungsoffensive Hessen“. Ziel dieser Bildungskampagne ist es, den Zugang zur beruflichen Weiterbildung zu erleichtern und das Weiterbildungsengagement in den mittelständischen Unternehmen zu erhöhen.



Ministerin Silke Lautenschläger und Professor Norbert Berthold diskutieren Wege aus der Beschäftigungskrise

Auf die Anforderungen im Berufsleben vorbereitet sein.



Chancen für Schulabbrecher, ihren Hauptschulabschluss nachzuholen

Mit einer neuen Aktionslinie fördern das Land Hessen und der ESF die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, welches alle Menschen befähigen soll, sich auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft behaupten zu können.

Hierfür sollen die regionalen Qualifizierungsbeauftragten fortan mit den Zentren des lebensbegleitenden Lernens kooperieren.

**Schwerpunkt B:
Verbesserung des Humankapitals**

Die Investitionen in menschliche Arbeitskraft, in die Reformierung von Bildungs- und Ausbildungssystemen sowie in die Vernetzung von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, Technologiezentren und Unterneh-

men zu steigern, ist das zentrale Anliegen dieses Programmschwerpunktes.

Hierfür sind Maßnahmen erforderlich, die

- die Zahl von Schulabbrechern senken und helfen, Schulversagen von Jugendlichen zu vermeiden
- benachteiligte junge Menschen in die Berufs- und Arbeitswelt eingliedern und sie für Schulausbildung und Betrieb qualifizieren
- zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, indem zum Beispiel das Umfeld der Lehrstätten verbessert und Kooperationen von Aus- und Berufsbildungspartnern gefördert werden

Ein neuer Förderschwerpunkt soll Hochschulforschung und Betriebspraxis besser vernetzen



Albert Roloff, hessischer ESF-Fondsverwalter



Nicole Hannemann, stellvertretende ESF-Fondsverwalterin aus dem Hessischen Sozialministerium



- eine qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb gewährleisten
- den Einstieg lern- und leistungsbeeinträchtigter Jugendlicher insb. mit Migrationshintergrund in die Arbeitswelt fördern und
- den hoch qualifizierten Nachwuchs beim Übergang von der Hochschule zum Arbeitsmarkt und zu lebenslangem Lernen stärken

Das Land Hessen und der ESF finanzieren eine Reihe von Initiativen und Projekten, um vor allem besonders benachteiligten Menschen die Chance zu geben, Zugang zu Schul- und Berufsausbildung zu erhalten.

Das Programm **FAUB - Fit für Ausbildung und Beruf** bietet schulmüden Jugendlichen ohne oder mit schwachem Schulabschluss die Möglichkeit, ihre Stärken und Fähigkeiten in einem Betriebspraktikum - statt einem 10. Schuljahr - zu entdecken. Sie können in der beruflichen Praxis Schlüsselqualifikationen erwerben und mit diesen neuen Erfahrungen ihren Hauptschulabschluss nachholen.

Lernen und arbeiten in Schule und Beruf (SchuB) und **EIBE - Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt** sind weitere Förderangebote, die sich an Jugendliche und junge Erwachsene richten, die von Arbeitslosigkeit bedroht und überwiegend ohne Schulabschluss, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sind, aber auch an

Schülerinnen und Schüler mit Lernschwächen und Leistungsrückständen, die einen besonderen Förderbedarf benötigen. Oberstes Ziel ist es, diese Personengruppe in Ausbildung und Arbeit zu vermitteln und sie durch individuelle Förderung auf die Anforderungen im Berufsleben vorzubereiten.

Mit finanzieller Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds entwickelt, erprobt und implementiert das Programm **Erfolgreicher Übergang von der Hochschule zum Arbeitsmarkt und Lebenslanges Lernen (HALL)** neue praxisorientierte Aus- und Weiterbildungseinheiten im Hochschulbereich. Damit soll erreicht werden, dass sich die Chancen des Arbeitskräftepotenzials in Wissenschaft und Forschung am Arbeits-



Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zugang zu beruflicher Bildung für benachteiligte Personen



*Fachvortrag Dörte Ahrens,
Hessisches Sozialministerium*

markt erhöhen und damit der Übergang von der Hochschule in die Berufstätigkeit erleichtert wird.

Ferner sollen die Studienerfolge von benachteiligten Personen sowie die Ausgangsbedingungen am Arbeitsmarkt durch internationale Erfahrung – im Hinblick auf einen erfolgreichen Berufseinstieg – verbessert und neue Strukturen des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft sowie Netzwerkprojekte gefördert werden.

Schwerpunkt C: Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen

Die soziale Eingliederung bzw. Wiedereingliederung besonders benachteiligter Personen in den Arbeitsmarkt sowie ihren Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung zu verbessern, ist ein Hauptanliegen dieses Förderschwerpunktes. Ein weiteres zentrales Ziel ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, um die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen zu erhöhen und Kinderbetreuungsangebote in KMU sowie an Hochschulen und Universitäten einzurichten. Das Hessische Sozialministerium unterstützt mit den Programmen

Perspektive 2007-2013:

Weiterbildung für Arbeitslose und Impulse der Arbeitsmarktpolitik 2 (IdeA) die Integration dieser sozial und beruflich benachteiligten Menschen durch:

- kombinierte Sprachförderungs-, Beratungs-, Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Beschäftigungsangebote zur Eingliederung in die Erwerbstätigkeit
- kontinuierliche Heranführung ehemals Suchtkranker an eine regelmäßige Arbeit, begleitet von Angeboten zur beruflichen Qualifizierung sowie persönlichen Hilfen
- Förderung der individuellen Vermittlungsfähigkeit von älteren Arbeitslosen

*Praxisorientierte
Aus- und Weiterbildung
im Betrieb und Hoch-
schulbereich*



Berufsperspektiven Strafgefangener fördern

- Entwicklung geeigneter Angebote zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von gesellschaftlich und beruflich ausgegrenzten Menschen
- Aktivierung regionaler und lokaler Potenziale zur sozialen Eingliederung, indem Kooperationen auf kommunaler und regionaler Ebene gestärkt und das Know-how der Partner für Problemlösungen genutzt werden

IdeA 2: Integration in den Arbeitsmarkt bleibt auch in der neuen Förderperiode das Programm für modellhafte, innovative Projekte, das

- Bündnisse, Initiativen und Netzwerke für Reformen hinsichtlich Beschäftigung und Einbeziehung in den Arbeitsmarkt fördert

- neue Beschäftigungsfelder für benachteiligte Personen erschließt
- Maßnahmen zur Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie
- Angebote für Langzeitarbeitslose zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt

Ausbildung für Strafgefangene

Um die Berufsperspektiven Strafgefangener und die Integration Straftentlassener in den Arbeitsmarkt zu verbessern, unterstützt Hessen neue Wege der Berufsausbildung für junge Strafgefangene nach ihrer Haftzeit, einfacher in das Berufsleben einzusteigen.

■ Schwerpunkte der ESF-Förderung

Schwerpunkt A:

Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen

Schwerpunkt B:

Verbesserung des Humankapitals

Querschnittsziele

Gleichstellung von Männern und Frauen, Nachhaltige Entwicklung, Transnationale Maßnahmen

1: Berufliche Weiterbildung von Beschäftigten, insb. KMU

- Qualifizierung von Beschäftigten in KMU
- Neu: Konzepte für duale Studiengänge, die durch KMU nachgefragt werden
- Know-how-Transfer zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit insbes. von KMU
- Konzeptentwicklung und Umsetzung der stillen Reserve in der Altenpflege

2: Systementwicklung in der beruflichen Weiterbildung

- Verbesserung der Qualität, Information und Transparenz der beruflichen Bildung (QuIT)
- Qualifizierungsoffensive Hessen

3: Vermeidung von Schulversagen und Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsreife von Jugendlichen

- SchuB - Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb
- EIBE - Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt
- Fit für Ausbildung und Beruf (FAUB)
- Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen

4: Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze

- Verbesserung des Ausbildungsumfeldes
- Ausbildung in Partnerschaften
- Ausbildung in der Migration
- Ausbildung mediz.-pharmaz. Assistenten
- Ausbildung in der Krankenpflege
- Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb
- Studien in der Bildung

5: Stärkung des hoch qualifizierten Nachwuchses

- Erfolgreicher Übergang von der Hochschule zum Arbeitsmarkt und Lebenslanges Lernen (HALL)



Erfolgreicher Übergang von der Hochschule zum Arbeitsmarkt



Lebensbegleitendes Lernen im Hochschulbereich

Schwerpunkt C:

Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen

Technische Hilfe**Querschnittsziele**

Gleichstellung von Männern und Frauen, Nachhaltige Entwicklung, Transnationale Maßnahmen

6: Förderung der Integrationsfähigkeit und Integration von besonders benachteiligten Personen in den 1. Arbeitsmarkt

- Impulse der Arbeitsmarktpolitik 2 (IdeA): Integration in den Arbeitsmarkt
- Perspektive 2007-2013: Weiterbildung für Arbeitslose
- PiA – Passgenau in Arbeit
- Berufliche Qualifizierung Strafgefangener
- Arbeitsmarktintegration Straftatlassener
- Beschäftigung in der Altenpflege zur ganzheitlichen Beratung älterer Menschen

7: Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen

- Kinderbetreuung an KMU und Hochschulen

- Beratung
- Umsetzung der Programme
- Projektbegleitung und Prüfung
- Verwendungsnachweisprüfung
- Ausgabenerklärung
- Finanzkontrolle
- Öffentlichkeitsarbeit
- Monitoring
- Evaluierung



Fachvortrag Klaus-Wilhelm Ring, HKM



Beschäftigung in der Altenpflege

■ „Der Arbeitsmarkt von morgen - zwischen Jammertal und neuen Möglichkeiten“

Prof. Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg



Ausbildung in der Migration



Gastvortrag Prof. Berthold, Uni Würzburg



Im Mittelpunkt des ESF-Infotages zur neuen Förderperiode 2007-2013 standen neben den Informationen zu den geplanten Programmen und EU-Finanzierungshilfen am Vormittag der Veranstaltung, nach der Mittagspause eine Podiumsdiskussion und ein Gastvortrag über die Möglichkeiten einer zukunftsweisenden Arbeitsmarktpolitik auf dem Programm.

Eingeleitet wurde die Diskussionsrunde, zu der Sozialministerin Silke Lautenschläger hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft eingeladen hat, durch einen Impulsvortrag von Professor Norbert Berthold von der Universität Würzburg. Kurz und prägnant legte der Arbeitsmarktexperte seine Thesen und Fakten zu den Kernpunkten „Arbeitsmarkt der Zukunft“

und „Wege aus der Beschäftigungsmisere“ vor über 350 Zuhörern dar.

Mehr Wettbewerb

„Die desolante Lage auf den Arbeitsmärkten ist die Achillesferse für Wirtschaft und Politik“, lautete eine seiner Thesen zur aktuellen Arbeitsplatzkrise. Hauptleidtragende seien nach Ansicht Prof. Bertholds nicht mehr nur gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern zunehmend auch mittlere und selbst hoch qualifizierte Personen. Mit absehbaren Folgen: „Brachliegende Ressourcen kosten Wachstum und Wohlstand für alle“, kritisierte der Wirtschaftswissenschaftler unmissverständlich die staatliche Beschäftigungspolitik. Die Situation auf den Arbeitsmärkten ließe sich verbessern, so eine weitere These



des Professors, wenn wieder mehr Wettbewerb in der Lohn- und Tarifpolitik, aber auch in Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, einkehre.

Für kontroverse Reaktionen in der anschließenden Podiumsdiskussion sorgte seine kritische Haltung zu den Themenschwerpunkten Neuorganisation der Arbeitslosenversicherung und regionale Ungleichheit in der Beschäftigungspolitik. Umfassende Reformen auch in diesem Bereich seien unerlässlich: Es seien alle relevanten Gruppen – auch die Gewerkschaften – an der Finanzierung zu beteiligen.

Arbeitsmarktpolitik dezentralisieren

Auch die Sozialhilfe als 'letztes Netz' der sozialen Sicherung bedürfe einer konsequenteren Ausrichtung: Grundsätzlich Arbeitsfähige benötigen verstärkt Anreize, sich wieder um eine reguläre Beschäftigung zu bemühen, den wirklich Bedürftigen könne dadurch in stärkerem Maße geholfen werden. Vor diesem Hintergrund wies der Arbeitsmarktexperte besonders auf die Rolle der Kommunen hin: „Immer mehr Menschen sind in Zeiten hoher Langzeitarbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen, die von den Kommunen aufzubringen ist. Nicht zuletzt deshalb gehen diese verstärkt dazu über, eine eigene Beschäftigungspolitik zu betreiben.“ Es sei daher sinnvoll, so Professor Berthold, Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik möglichst weit zu dezentralisieren, um den unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort gerecht werden zu können. Allerdings seien dafür klar zugeteilte Verantwortlichkeiten bei den beteiligten Institutionen und anreizkompatible Finanzierungsstrukturen nötig, um das Potenzial der kommunalen Ebene tatsächlich nutzen zu können.

Ein neues Verständnis von staatlichem „Fördern und Fordern“ sei erforderlich, mache aber laut Berthold nur dann Sinn, wenn die staatlichen Fördermaßnahmen auch tatsächlich die Beschäftigungschancen erhöhen, wenn ausreichend Jobs von privaten Unternehmen angeboten werden und wenn der Staat nicht in Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt selbst Arbeitsplätze bereitstellen muss.

Mini-Job-Falle

„Mini- und Midi-Jobs sind weitere untaugliche Versuche, das Dilemma zu entschärfen und neue Arbeitsplätze zu schaffen“, kritisierte Professor Berthold die aktive Arbeitsmarktpolitik. Er wies auf das Problem der „Mini-Job-Falle“ hin und auf die Gefahr, dass reguläre Arbeitsplätze verdrängt und die eigentliche Zielgruppe, die gering Qualifizierten, nicht erreicht werden.

„In der Summe trägt all dies dazu bei, den strukturellen Wandel zu behindern und Arbeitslosigkeit zu fördern – dringender Reformbedarf ist unübersehbar“, so das deutliche Fazit des Wissenschaftlers.

Hier seine wichtigsten Lösungsansätze im Überblick und als Grundlage für die nachfolgende Podiumsdiskussion:

- Mehr Wettbewerb, z. B. durch Gutscheine für Vermittlung, Beratung und Qualifizierung; wettbewerbliche Tarifautonomie
- Arbeitsanreize erhöhen, z. B. durch strengere Anforderungen, schärfere Zumutbarkeitskriterien, Prinzip des Fördern und Fordern
- Regionale Differenzierung: mehr kommunale und regionale Handlungsspielräume notwendig
- Niedriglohnssektor ausbauen, um gering Qualifizierten Beschäftigung zu ermöglichen
- Arbeitslosenversicherung neu organisieren
- Beschäftigungsfähigkeit fördern
- Maßnahmen bündeln: eine Behörde, ein Betreuer, ein Geldtopf (Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen aus einer Hand)

Bereitschaft zu lebenslangem Lernen unterstützen



■ Perspektiven für ein modernes Projektmanagement

Franz-Peter Veits, EU-Kommission



Auf der ESF-Fachtagung hat die Landesregierung anschaulich dargestellt, wie ihre Programmplanung auf der Grundlage der neuen Verordnungen praxisnah und auf die Anforderungen einer modernen Arbeitswelt ausgerichtet für die bevorstehende Förderperiode aussehen soll.

Vor diesem Hintergrund sind die administrativen Rahmenbedingungen, die Franz-Peter Veits, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten, den Projektverantwortlichen auf der Veranstaltung fachkundig erläuterte, Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung der arbeitsmarkt- und weiterbildungspolitischen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds.

EU-Haushalt: Geteilte Mittelverwaltung

Franz-Peter Veits informierte in seinem Vortrag über die Anforderungen an die Mitgliedsstaaten und an die Projektträger als Empfänger von ESF-Mitteln, verdeutlichte aber auch die Rechenschaftspflicht der Kommission für den EU-Haushalt. So werde der Haushalt laut Veits

überwiegend von der Kommission und den Mitgliedsstaaten in geteilter Mittelverwaltung umgesetzt – darunter falle auch das Budget des ESF. „Die EU-Kommission ist daher gegenüber den Haushaltsorganen für Verfehlungen und Schwächen des Projektmanagements in den Mitgliedsstaaten verantwortlich“, stellte Veits klar.

Für die Projektträger bedeuten die Anforderungen an ein modernes Projektmanagement, dass sie einerseits

- regelmäßige Ausgabenerklärungen vornehmen
- detaillierte Verwendungsnachweise vorlegen
- die vorgegebenen Formulare verwenden

und andererseits, dass sie die Kompetenz haben müssen,

- ein Projekt inhaltlich und konzeptionell durchzuführen
- mit öffentlichen Zuschüssen umzugehen und sie zu verwalten
- zeitnah Ausgabenmeldungen und Verwendungsnachweise zu erstellen



*Fachvortrag Franz-Peter Veits,
EU-Kommission*

■ Podiumsdiskussion

Nach dem Vortrag von Prof. Dr. Norbert Berthold diskutierte Sozialministerin Silke Lautenschläger mit Vertretern von ARGEN und optierenden Kommunen über die Thesen und Lösungsansätze des Professors. Gesprächsteilnehmer auf dem Podium waren neben Prof. Berthold, Inhaber des Lehrstuhls Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik an der Universität Würzburg, Spezialgebiet Arbeitsmarkt, und Hessens Sozialministerin Silke Lautenschläger, Dr. Matthias Schulze-Böing, ARGE Offenbach, Bernd Woide, Landrat des Landkreises Fulda und Prof. Dr. Diether Döring, Universität Frankfurt am Main, Moderator der Diskussionsrunde.

Mut zur nachhaltigen Entwicklung

Dr. Matthias Schulze-Böing plädiert ebenfalls für mehr Flexibilität auf lokaler Ebene und wünscht sich eine ganzheitliche Betrachtung. „Was wir brauchen, ist eine Politik der ruhigen Hand, die den Kommunen und ARGEN mehr Zeit für Entwicklung, Planung und Implementierung der Maßnahmen zugesteht.“ Dies erfordere mehr Mut zur nachhaltigen Weiterentwicklung vor Ort und auch mehr Ressourcen, um keinen Nachschub für Hartz IV zu produzieren, erläutert Schulze-Böing die Innovationschancen der ARGE.



Weniger Administration, mehr Vernetzung

Landrat Bernd Woide appelliert an die Politik: „Nicht immer alles an oberster Stelle regeln zu wollen!“ Er kritisiert, dass es zuviel administrative Vorgaben gibt und fordert eine stärkere Vernetzung zwischen Arbeitsmarkt und Bildungspolitik.

Auf die Frage, wer in der Arbeitsmarktpolitik Regie führen soll: Bundesagentur für Arbeit, Kommunen oder ARGE?, fordert die Ministerin alle Beteiligten auf, „etwas mutiger zu werden“. Lautenschläger: „Wir brauchen mehr Flexibilität und Wettbewerb, wir brauchen eine klare Veränderung der Anreizstruktur und höhere Verdienstmöglichkeiten!“

Arbeitsvermittlung dezentralisieren

In ihrem Schlusswort fordert die Ministerin, auf die Frage nach der Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik, eine grundlegende Umgestaltung der Bundesagentur für Arbeit (BA). „Die BA muss gründlich dezentralisiert und regionalisiert, Jobvermittlung und Arbeitslosenversicherung voneinander getrennt werden. Kommunen sollen stärker als bisher Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger selbst betreuen“. Diese Maßnahmen gingen, so Lautenschläger, in die von Prof. Berthold gewünschte Richtung nach mehr Wettbewerb in der Arbeitsmarktpolitik, mehr Kompetenzen auf regionaler Ebene und mehr Arbeitsanreizen durch höhere Zumutbarkeitskriterien.

■ Europäische Regionalförderung bis 2013

Dr. Reinhard Cuny¹, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung



„Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ – unter dieser neuen Zielüberschrift startet nicht nur der Europäische Sozialfonds (ESF), sondern auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in die neue Förderperiode 2007 bis 2013. Standen in der auslaufenden Periode (2000-2006) für Hessen aus dem EFRE rund 202 Mio. € zur Verfügung, werden es in der neuen Periode sogar 263 Mio. € sein.

Anders als bisher gibt die EU künftig beim EFRE kein Fördergebiet mehr vor. Die Förderung wird dennoch vorrangig auf die strukturschwächeren Landesteile (Nord- und Mittelhessen sowie Odenwaldregion) ausgerichtet sein. Innerhalb dieses Vorranggebietes spielt das nationale Regionalfördergebiet noch einmal eine herausgehobene Rolle, weil hier zusätzlich auch Fördermittel aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen

Wirtschaftsstruktur“ eingesetzt werden können.

Eigenständige Wettbewerbsfähigkeit fördern

Moderne Regionalpolitik versteht sich als eine regionale Wachstums politik. Die Zeiten, in denen sich Regionalpolitik darauf beschränken konnte, Wachstumsüberschüsse aus boomenden Ballungsräumen in periphere Landesteile umzulenken, sind lange vorbei. Aufgabe der Regionalpolitik ist es heute, vorrangig in strukturschwächeren Gebieten die Voraussetzungen für eine eigenständige Wachstumsdynamik auf der Basis wettbewerbsfähiger Unternehmen zu schaffen. Die noch stärkere Ausrichtung der europäischen Regionalpolitik auf den so genannten Lissabon-Prozess, mit dem Europa zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum auf der Erde entwickelt werden soll, entspricht deshalb voll und ganz der Zielsetzung auch

der Hessischen Landesregierung. Ausgehend von dem Oberziel, wettbewerbs- und zukunftsfähige sowie einkommensstarke Arbeitsplätze zu schaffen, verfolgt das neue EFRE-Programm für die Periode 2007 bis 2013 drei spezifische Ziele, die sich wiederum in drei Programmschwerpunkten niederschlagen, und zwar:

- die Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen durch Förderung von Innovation und wissensbasierter Wirtschaft
- die Förderung von Unternehmensgründungen und des Wachstums von Unternehmen und
- die Nutzung spezifischer regionaler Entwicklungspotenziale zum Abbau von Disparitäten

Als Querschnittsziele sind dabei die Chancengleichheit, die umweltgerechte und die nachhaltige Entwicklung der Städte zu beachten.



Ausbau der Wissensinfrastruktur

Wichtige Maßnahmenfelder des neuen Programms im ersten und mit über 40 Prozent der Programmmittel größten Schwerpunkt sind

- der Ausbau der wirtschaftsnahen Wissensinfrastruktur mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Innovations-, Anwender- und Berufsbildungszentren bis hin zur Ausstattung von Berufsschulen mit moderner Informationstechnik
- die Förderung des Technologietransfers und des Innovationsmanagements, wie z. B. Patentverwertung
- die Förderung von innovationsorientierten Netzwerken und Clustern sowie
- die Förderung von Projekten zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien

Der zweite Programmschwerpunkt richtet sich an die einzelnen Unternehmen. Maßnahmen, wie das Bereitstellen von Risikokapital und Darlehen, Beratung und Unternehmensschulung, durch Gründerzentren und Inkubatoren sowie die Unterstützung von Städten bei der Auflage von Programmen zur Förderung der lokalen Ökonomie sollen das Gründungsgeschehen beschleunigen und die Wachstumsfinanzierung junger Unternehmen erleichtern.

Endogene regionale Entwicklungspotenziale zu nutzen, steht im Fokus des dritten Schwerpunktes. Hier werden integrierte regionale Entwicklungskonzepte, Regionalmanagementstrukturen in öffentlich-privater Partnerschaft, aber auch die nachhaltige Stadtentwicklung durch Stadtumbau und soziale Stadt gefördert. Weitere Bereiche umfassen die Revitalisierung von Industriebrachen und ehe-

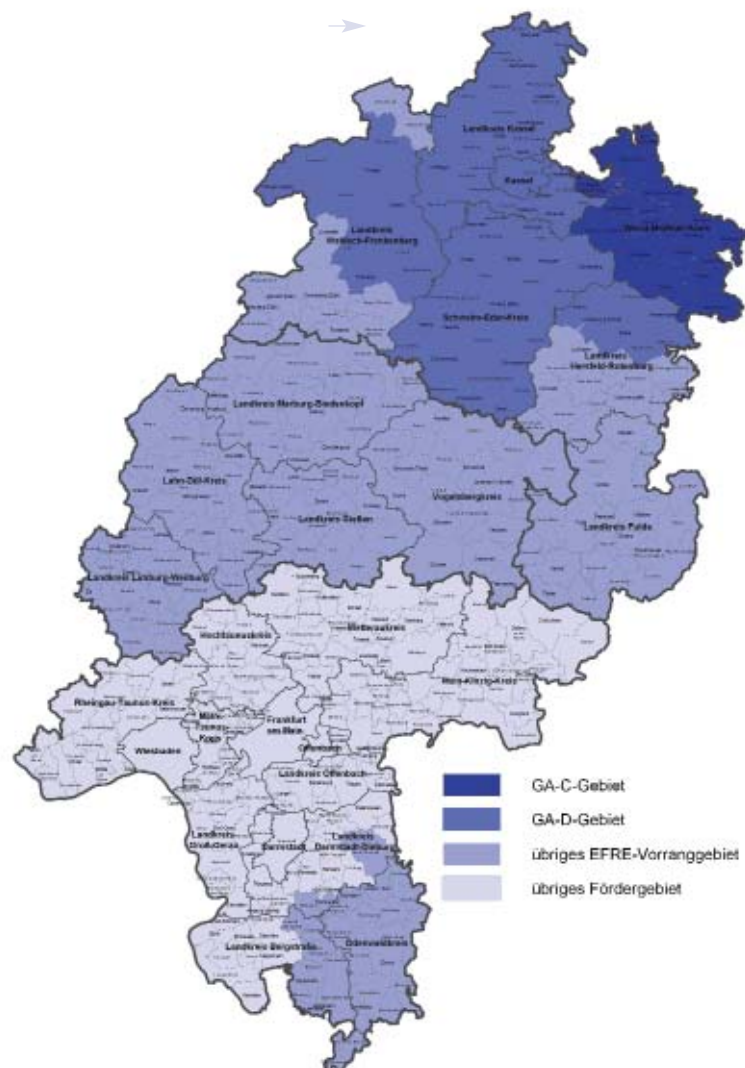
maligen Kasernen, die Anbindung des künftigen Regionalflughafens Kassel an das Straßennetz sowie den Ausbau der touristischen Infrastruktur mit dem Ziel, das kulturelle und natürliche Erbe zu nutzen und zusätzliche regionale Einkommensquellen zu erschließen.

EFRE-Programmwurf gemeinsam entwickelt

Der Entwurf des operationellen EFRE-Programms ist auf der Basis einer sozio-ökonomischen Stärken-Schwächen-Analyse Hessens und seiner Regionen, die von der Hessen Agentur erstellt wurde, entstanden. Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung hat



¹ Dr. Reinhard Cuny leitet im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung das Referat für regionale Strukturpolitik und Programmentwicklung, das auch die Funktion der Verwaltungsbehörde für die EFRE-Förderung in Hessen wahrnimmt.



von Anfang an die Wirtschafts-, Sozial- und Regionalpartner in den Abstimmungsprozess einbezogen.

Im Rahmen einer regionalpolitischen Tagung und durch Offenlegung des Programmentwurfs im Internet wurde auch eine größere Öffentlichkeit in den Diskussionsprozess eingebunden. Dabei konnte ein breiter Konsens in Bezug auf Analyseergebnisse, Strategie, Ziele und Schwerpunktsetzung erzielt werden.

Der Programmentwurf ist in den nächsten Monaten mit der Europäischen Kommission zu verhandeln, die das Programm genehmigen muss, bevor das Land Hessen geeignete Projekte zur Förderung auswählt und die EFRE-Mittel an die

Projektträger bewilligt. Die Investitionsbank Hessen wird die Förderanträge von Unternehmen und Kommunen im Auftrag des Landes prüfen und bearbeiten. Bis zum Start des Programms werden voraussichtlich noch einige Monate vergehen. Die EU-Kommission wird dabei ihre eigenen regionalpolitischen Vorstellungen in die Verhandlungen einbringen.

Ein „Loch“ (Unterbrechung) in der Förderung entsteht jedoch nicht, da die Bewilligungs- und Auszahlungsfrist der ablaufenden Periode 2000 bis 2006 noch eine zweijährige Übergangszeit bis 2008 umfasst.

Mehr Informationen unter www.efre-hessen.de



■ ESF Kompakt abonnieren, Vorschläge einsenden

Die ESF Kompakt erscheint 3–4 mal jährlich. Pressemeldungen und Leserbriefe senden Sie bitte an ESF Consult Hessen. Dort können Sie auch die ESF Kompakt kostenlos abonnieren. Den Kontakt finden Sie im Impressum.



www.esf-hessen.de

□ Kontakt:

Wir freuen uns über Ihre Anregungen, Meinungen und Vorschläge.

Bitte richten Sie diese an:

Investitionsbank Hessen

ESF Consult Hessen

Abraham-Lincoln-Straße 38–42

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 774-7426

Telefax: 0611 774-7429

E-Mail: ursula.stylianou@ibh-hessen.de

www.esf-hessen.de

□ Impressum:

Herausgeber:

Hessisches Sozialministerium

Referat Öffentlichkeitsarbeit

Dostojewskistraße 4, 65189 Wiesbaden

Projektleitung, Text und Redaktion:

Anic Roßbach-Jung, HA Hessen Agentur GmbH

Mitarbeit:

Albert Roloff, Nicole Hannemann,

Hessisches Sozialministerium, ESF-Fondsverwaltung

Doris Liesenfeld, IBH, ESF Consult Hessen

Gestaltung:

ansicht kommunikationsagentur, www.ansicht.com

Fotos:

Digitalstock, DigitalVision, ESF Consult Hessen,

Europäische Union, Fotolia, Gudrun Frischmann,

HA Hessen Agentur GmbH, Hessisches Sozialministerium,

Irisblende, PhotoAlto, www.photocase.com

Druck:

Druckerei Henrich, Frankfurt am Main

□ ESF Kompakt wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) dient der Entwicklung der Beschäftigung: Ziel ist es, jedem zu ermöglichen, Arbeit zu finden, indem Folgendes entwickelt wird:

- Investitionen in die Humanressourcen,
- die Fähigkeit, sich an die Arbeitswelt anzupassen,
- die Gleichstellung von Männern und Frauen,
- der Unternehmergeist.

Lesen Sie mehr unter www.esf-hessen.de